

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.20 Uhr
Ende: 13.20 Uhr

1) Radübergang Jahngasse

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Stadträte und Stadträtinnen, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen! Die neue breitere Fahrradverbindung in der Wickenburggasse war eine notwendige und wie viele glauben und auch ich persönlich immer wieder ausprobieren konnte, sehr, sehr gute Entwicklung. Sie bewährt sich und ist eine positive Entwicklung in Richtung Sicherheit für alle Teilnehmer und auch in Richtung gerechtere Aufteilung von Verkehrsflächen für alle VerkehrsteilnehmerInnen. Allerdings zeigt sich jetzt auch nach Inbetriebnahme dieser neuen Strecke, dass eine Schwachstelle noch der Radübergang nach der Landesturnhalle über die Jahngasse darstellt und dass dieser noch nicht wirklich befriedigend geregelt ist. Man beobachtet immer wieder, auch wenn die Autos jetzt derzeit Vorrang haben, dass sie zögern, dass sie zum Teil auch stehen bleiben, dass auch die Fahrradfahrer sich nicht sicher sind, wie das geregelt ist und dass es dadurch immer wieder zu irritierenden Situationen kommt, wo man nicht weiß, wer jetzt Vorrang hat und wer fahren darf. Das liegt vor allem auch daran, dass die Fahrradfahrer mit einer höheren Geschwindigkeit an dieser Stelle und in dieser Strecke kommen und die Autofahrer ja soeben einbiegen und daher meistens auch langsamer unterwegs sind.

Lösbar wäre das Ganze, indem man den Vorrang hier zugunsten der Fahrradfahrer umdrehen würde.

Ich stelle daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat Eustacchio, die

F r a g e :

Bist du bereit, die derzeit unbefriedigend gelöste Vorrangsituation am Radübergang Jahngasse durch eine Umkehrung des Vorrangs zugunsten des Radverkehrs zu ändern (*Applaus SPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ja, liebe Alexandra, wie immer wir es drehen und wenden werden, sie wird immer unbefriedigend bleiben, weil es ein Nadelöhr ist und weil es schwierig ist. Aber zur konkreten Beantwortung. Veränderung wird derzeit überprüft, Ergebnis dieser Prüfung ist noch ausständig und kann ich auch nicht vorgreifen. Bei der straßenrechtlichen Verhandlung bezüglich Verkehrsmaßnahmen rund um den Ausbau der Wickenburggasse wurde festgehalten, dass eine eventuelle Veränderung der Vorrangsituation am Kreuzungspunkt Jahngasse – Parkstraße erst nach Besichtigung und positiver Rückmeldung durch die Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit behandelt werden kann. Aus diesem Grund wurde die Umsetzung der Baumaßnahmen Wickenburggasse abgewartet und eine aussagekräftige Evaluierung wird durchgeführt. Bisher, und das möchte ich auch dazusagen, bisher wurde von Seiten der Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit aufgrund der schlechten Sichtbarkeit von Radfahrern, die vom Geidorfplatz herunterfahren, von einer Vorrangumkehr abgeraten, aber wie gesagt, wir lassen das jetzt überprüfen, evaluieren, ich kann nicht vorgreifen, aber es wird eine schwierige Situation bleiben. Ich glaube, dass wir sehr gut entkräften konnten oder verbessern konnten dadurch, dass jetzt ein Schwenk für die Autofahrer stattfindet, dass die, wie du gesagt hast, abbremsen müssen. Aber wie

gesagt, wird angeschaut und ist eine Abwägung der Arbeitsgruppe letztlich (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Bis wann in etwa kann man mit dem Ergebnis der Arbeitsgruppe rechnen?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Dem möchte ich nicht vorgreifen, du brauchst, wenn du eine Veränderung, eine Maßnahme tätigst, wo du Verkehrsfrequenzen veränderst, muss du dir eine gewisse Zeit geben, damit sich die Leute daran gewöhnen. Also ich würde da schon von ein paar Monaten sprechen. Es wäre sonst zu kurz gegriffen (*Applaus FPÖ*).

2) Gemeindewohnungen – Aufschlüsselung nach Herkunftsländern in absoluten Zahlen

GR.ⁱⁿ **Schönbacher** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Gäste! Ausgehend von den in der Septembersitzung des Gemeinderates übermittelten Prozentzahlen, die die Zuweisungen im Zeitraum der vergangenen sechs Jahre dokumentieren, soll die nun folgende Fragestellung eine realistischere Einschätzung über den aktuellen zahlenmäßigen Stand ermöglichen.

Aus diesem Grund stelle ich an Frau Stadträtin Elke Kahr namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Wie wird der derzeit der Stadt Graz zur Verfügung stehende Wohnraum – Eigentum und Übertragungswohnbau mit Zuweisungsrecht – in absoluten Zahlen auf die Kategorien Österreicher, EU-Bürger, Personen mit Daueraufenthaltsberechtigung und Konventionsflüchtlinge zum gegenwärtigen Zeitpunkt verteilt (*Applaus FPÖ*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Schönbacher! Im Zeitraum 1.1.2010 bis 17.10.2016, also wenige Tage zuvor, sind die Zahlen aktualisiert am Wohnungsamt und da schaut die Situation wie folgt aus: Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 4.225 Wohnungen, ohne die Wohnungswechsel, zugewiesen. Davon sind 250 Asylberechtigte, 717 Daueraufenthaltsberechtigte, 476 EU-BürgerInnen und 2,78 Österreicher und Österreicherinnen. Wenn du, was die Frage ja impliziert, das Wohnungsamt und Wohnen Graz fragst, die Aufschlüsselung nach den Herkunftsländern nachfragst, so hat mir diesbezüglich die Amtsleitung Folgendes mitgeteilt, dass diesbezüglich natürlicherweise keine Zahlen aufliegen können, da bei der Antragstellung und auch bei der Zuweisung von der Staatsbürgerschaft und nicht vom Herkunftsland ausgegangen wird. Die Beantwortung dieser Frage kann nur erfolgen, wenn eine entsprechende Zusatzprogrammierung beim zum Grunde liegenden ITS-Programm bei Wohnen Graz beauftragt wird. Die Installierung so eines Programmes ist mit Kosten und Personalaufwand verbunden, wenn das gewünscht wird, so kann ich im Wohnungsvergabeausschuss diese Frage gerne zur Diskussion stellen lassen (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Über das BürgerInnenamt müsste man das ja ausfindig machen können, weil am Meldezettel muss man sowohl Geburtsort als auch Staatsangehörigkeit angeben, also stelle ich mir vor, dass das leicht abgefragt werden kann. Deshalb bitte ich natürlich, das dann vorzutragen im zuständigen Ausschuss. Meine Zusatzfrage ist, je mehr Menschen verschiedener Herkunft, je mehr Konflikte und verschiedener Anschauungen von Ordnung. Unsere Bewohner im sozialen Wohnbau brauchen dringend Lösungen, deshalb frage ich Sie, Frau Stadträtin, sind Sie bereit in nächster Zeit Termine im sozialen Wohnbau zu vereinbaren und auch wirklich wahrzunehmen, damit die Menschen dort einfach Gehör finden und auch die Hoffnung auf Lösung haben können (*Applaus FPÖ*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Diese Frage, weiß ich nicht, ist ja von den acht Fragen, glaube ich, irgendwie die dritte oder vierte, ich weiß es jetzt nicht genau, so eine ähnliche Frage wird ja ordentlich gefragt. Ich muss schon sagen, ich finde das recht kühn, wenn die FPÖ mir diese Frage stellt, weil ich glaube, es gibt wohl kaum eine politische Referentin und auch kein politisches Büro, die tagtäglich so viele Menschen bei sich im Büro, ihre Anliegen und Sorgen nicht nur ernst nimmt, sondern auch versucht, sie zu lösen gemeinsam mit unserer Hausverwaltung, wenn man jetzt konkret nur von den Gemeindewohnungen spricht. Die Konflikte, aber da möchte ich später gerne auf die andere Frage antworten, liegen vorrangig oder die Problemfelder in den späten Nachtstunden sind Probleme wie Kinderlärm, Mülltrennung, die nicht gemeindewohnungsspezifisch sind, sondern ja in Wirklichkeit auf das ganze Stadtgebiet und in vielen Wohnhausanlagen sich leider vorfinden. Diese Probleme sind auch nicht inländer- oder ausländerspezifisch, sondern betreffen alle, das ist eine Erfahrung, die wir seit 15 Jahren haben und eines muss ich auch sagen, die Sorgen und Probleme unserer Bewohner und Bewohnerinnen gehen weit über diese Bereiche hinaus. Die Sorgen, die unsere Leute haben, sind vor allem Arbeitsplatzsorgen,

schlechtes Einkommen, sind Sorgen über die Zukunft ihrer Kinder und unter anderem auch zum Beispiel die vor kurzem gefällte Entscheidung im Land Steiermark über die Kürzung der Wohnbeihilfe. Das sind Probleme, die ich tagtäglich von den Leuten nicht nur in meinem Büro, sondern auch vor Ort, und da bin ich wöchentlich, sehr geehrte Frau Gemeinderätin täglich zu hören bekomme und auch das gehört gelöst, da frage ich mich, wo die Lösungsansätze Ihrer Partei sind, weil das würde Ihnen auch sehr gut zu Gesicht stehen (*Applaus KPÖ*).

3) Umgang mit kritischen Verfahren nach dem Steiermärkischen Baugesetz

GR. **Dreisiebner** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr** folgende Frage:

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Elke! Wir befinden uns ja in der Situation, in einer wachsenden Stadt mit sehr viel Bautätigkeit zu sein, das ist allgemein bekannt. Die Bau- und Anlagenbehörde ist Monat für Monat mit sehr großen Zahlen an Ansuchen für Bauverfahren, Umbau- und Ausbaufverfahren und Ähnliches mehr befasst. Es wird ja heute auch zu dem Thema noch einen dringlichen Antrag geben. Es gibt natürlich auch immer wieder in der Nachbarschaft sehr kritisch gesehene oder allgemein in der Öffentlichkeit sehr kritisch gesehene Projektansuchen beziehungsweise Projekte. Das Steiermärkische Baugesetz macht ja den Nachbarinnen und Nachbarn nicht viele Möglichkeiten auf, den berechtigten Nachbarinnen und Nachbarn nicht viele Möglichkeiten auf, bei den Bauverhandlungen in irgendeiner Form einzugreifen, das sind einige wenige Punkte, wo sie Nachbar- und Parteienstellung haben.

Es gibt darüber hinaus sehr viele Punkte, wo es immer wieder Entscheidungen gibt, die in Bezug auf zum Beispiel die Bepflanzung, Nachpflanzung von Bäumen, Freiflächengestaltung, der Entfall der Vorschreibung von Kinderspielplätzen oder eben

auch der Reduktion von PKW-Abstellplätzen oberirdisch oder in Tiefgaragenlage große Kritik entzünden. Weitere sind natürlich Baudichteüberschreitung entlang des vorgesehenen Dichte im Fläwi, Gebäudehöhen usw.

Diese kritischen Fälle sind ja oft im Zuge des Verfahrens schon bekannt, weil sich NachbarInnen, weil sich Engagierte, weil sich BezirksrätInnen bei uns, und ich nehme an, auch bei dir, im Büro melden und ich nehme an, dass du dementsprechend mit den MitarbeiterInnen, mit der Leiterin der Behörde diese kritischen Fälle durchsprichst.

In diesem Sinne darf ich an dich fragen:

Nach welchen Kriterien, Regeln sind dir als zuständige Referentin für die Bau- und Anlagenbehörde zumindest ausgewählte kritische Verfahren nach dem Steiermärkischen Baugesetz rechtzeitig vor der Erstellung des Bescheides vorzulegen und mit dir persönlich oder mit den MitarbeiterInnen deines Büros inhaltlich zu diskutieren (*Applaus Grüne*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Karl! Generell möchte ich dir sagen, das ist meine persönliche Haltung, dass ein politisches Büro kein Ersatzamt sein kann und soll. Ein anderer Ansatz würde ja bedeuten, dass man kein Vertrauen in seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat. Sehr wohl, und ich gehe auch davon aus, dass du das weißt, gibt es seit 2012 monatliche Jour-fixe-Termine mit der Leitung des Amtes und darüber hinaus selbstverständlich regelmäßigen Austausch mit meinem Büro und auch vor Ort im Amt mit den Referenten, mit den Sachbearbeitern und ich gehe auch persönlich mit den Baukontrolloren in die Bezirke. Vielleicht weißt du auch, dass wir seit 2012 neu eingeführt haben, das hat es vorher auch noch nicht so gegeben, dass wir, und da bin ich auch meinem Amt und den MitarbeiterInnen sehr dankbar, in den Bezirken Informationsveranstaltungen und um den Titel Bauamt vor Ort gemacht haben, eben um so bürgernah wie möglich zu sein und nicht nur vermittelt über die

Politik hier im Hause die Probleme und Sorgen der AnrainerInnen und überhaupt Anliegen zu hören, weil ich eine große Freundin davon bin, dass man die Menschen über ihre Rechte aufklärt, aber auch ganz ehrlich sagt, wo die Grenzen der Behörde sind. Das heißt, wir besprechen Verfahren eben nicht nur mit der Behörde, sondern sind auch für die Anrainer und Betroffene eigentlich täglich da.

GR. **Dreisiebner:** Ich hoffe, dass das Thema, das vorher ein bisschen für Belustigung gesorgt hat, sich wieder lösen lässt. Ich mag auf eine ganz spezielle Sache eingehen. Ich war im Jahr 2010 ja noch nicht im Gemeinderat, sondern Bezirksrat im Bezirk Lend. Damals ist ein Bauansuchen, ein Bauverfahren ausgelöst worden im allgemeinen Wohngebiet, das ein religiöses Zentrum für eine kleine Religionsgemeinde errichten wollte mit mehr als 500 Besucherinnen und Besuchern Fassungsvermögen und sehr wenigen Parkplätzen. Dazu kommt, dass auch im Umfeld sehr wenige Parkmöglichkeiten vorhanden sind, schon alleine aufgrund der mangelnden Breite der dort im Umfeld sich befindenden Straßen. Es handelt sich hier um das sogenannte Projekt Wineryard in der Kalvarienbergstraße 39 und 41, das jetzt plötzlich über den Sommer bewilligt worden ist, ohne ein neuerliches Nachbarbehördenverfahren, wo NachbarInnen Parteienstellung erhalten haben, es ist das Verfahren vom damaligen Antragsteller, der mittlerweile nicht mehr existiert, weitergegeben worden und mit neuen Gutachten ausgestattet dann in der Behörde bewilligt worden. Bei einer BürgerInneninformationsveranstaltung, die von Bezirkspolitikern vertreten, aber auch GemeinderatsvertreterInnen besucht worden ist, ist dann übereingekommen worden, dass man eine Landesverwaltungsgerichtshofbeschwerde anstrengt. Ist dir dieses Projekt in der Phase vor der Finalisierung im Sommer dieses Jahres vorgelegt worden, ist es diskutiert worden und wie ist das Thema, dass Wohnen allgemein zwar auch Nutzungen für religiöse, soziale und ähnliche Bedürfnisse BewohnerInnen zulässt, aber den Wohncharakter des Gebietes nicht widersprechen oder stören darf, so heißt es im

Raumordnungsgesetz, ist das diskutiert worden und wie ist da der Entscheidungsprozess verlaufen?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: 2010, wie du angesprochen hast, kann ich mich noch sehr gut erinnern, da war im Gemeinderat sowohl unser Bezirksratskollege als auch wir hier im Gemeinderat haben uns gegen dieses Bauprojekt ausgesprochen, wie du vielleicht weißt und auch dagegen gestimmt. Und wir haben eigentlich gehofft, dass sozusagen dann ad acta gelegt wird, ich sehe das ganz gleich wie du, dass dieses Bauprojekt dort in dieser Dimension für die Wohnbevölkerung eine Katastrophe wäre, das sage ich wirklich so vor allem wegen der zu erwartenden Anzahl an BesucherInnen und den mangelnden vorhandenen Parkplätzen. Das trifft übrigens auch viele Bewohner und Bewohnerinnen der umliegenden Nachbarschaft, sind ja Gemeindemieter und Gemeindemieterinnen, und ich teile deine Besorgnis, was das betrifft, genauso. Das ist jetzt beim Landesverwaltungsgericht zur Entscheidung, wir unterstützen sogar diesen Einspruch von den Bewohnern und ich kann nur hoffen, dass sie dort Recht bekommen werden (*Applaus KPÖ*).

4) Gratis WLAN in den Öffis

GR. **Pacanda** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! In der Gemeinderatssitzung am 21. Jänner 2016 wurde ein dringlicher Antrag der Piratenpartei mehrheitlich angenommen, in den Grazer Öffis gratis WLAN zur Verfügung zu stellen. Die Holding, im Speziellen der Konzern, sprich ██████ hat laut einem Zeitungsbericht angekündigt, eine mögliche

Umsetzung zu prüfen. Es war auch zu lesen, dass bereits im Spätsommer 2016 ein Testbetrieb begonnen werden kann.

Daher richte ich namens der Piratenpartei und aller interessierter Grazerinnen und Grazer an Sie folgende

Frage:

Wann und auf welchen Linien wird der angekündigte Testbetrieb stattfinden?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Lieber Philip! Antwort von Seiten der Holding: Aufgrund des genannten dringlichen Gemeinderatsantrages wurden seitens der Holding Graz Linien eine Prüfung hinsichtlich Kosten und des zu erwartenden Nutzens von gratis WLAN in Bus und Bim durchgeführt. In der 40. Sitzung des HGL-Kontrollgremiums vom 31.3.2016 wurde dem Kontrollgremium ein diesbezüglicher Bericht präsentiert. Das Ergebnis war ernüchternd, da die Kosten der aktuellen Vandalismus Schäden, die hast du damals angeführt auch als Argumentation in den Fahrzeugen 2015 insgesamt rund 11.740 Euro ausgemacht haben und in keinem Verhältnis zu den erwartbaren Investitionskosten und den zusätzlichen laufenden Kosten von zirka 67.500 Euro per anno für das WLAN stehen würden. Aus diesem Grund wurde seitens des Kontrollgremiums WLAN in Bus und Straßenbahn als nicht sinnvoll erachtet und per Beschluss abgelehnt. Somit ist ein Testbetrieb nicht erforderlich. Zusatzinfo für dich, das Tochterunternehmen Citycom der Holding Graz hat an 40 Grazer Hotspots bereits Gratis-WLAN etabliert, die wichtigsten Plätze und Haltestellenbereiche sind damit mit WLAN versorgt. Die Anzahl der Cityaccess-Hotspots werden laufend erweitert. Damit hat Graz weine hervorragende Versorgung für ÖV-Kunden, Touristen, Pendler und Bewohner (*Applaus FPÖ*).

GR. **Pacanda**: Ich muss zur Zusatzfrage noch eine Zwischenfrage, weil ich habe es nicht ganz akustisch genau verstanden. Wann war das Datum der Sitzung?

GR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Am 31.3.

GR. **Pacanda**: Dann darf ich jetzt meine Zusatzfrage stellen. Du beschreibst eigentlich genau das, was in der Antragsbeantwortung schon drinnen gestanden ist. 31.3., und ich habe die Antragsbeantwortung vom April, wo dann eigentlich dann drinnen steht aber am Schluss, dass es getestet wird, das verwirrt mich jetzt ein bisschen. Warum steht dann in der Antragsbeantwortung dezidiert, den ersten Teil der Antragsbeantwortung hast du gerade vorgelesen und der zweite Teil ist dann doch wieder der Test drinnen, das verstehe ich jetzt nicht vom Prozessablauf, wieso dann der Gemeinderat, beziehungsweise in dem Fall die Grazerinnen und Grazer, die Antwort kriegen, die jetzt aber nicht mit dem übereinstimmt, was du jetzt dann sagst, das würde ich mir bitte gerne erklären lassen, wieso das sein kann?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Aufgrund der Aussagen im Kontrollgremium von Seiten der prüfenden Mitarbeiter in der Holding Graz hat das HGL-Kontrollgremium beschlossen, dass es keine weitere Prüfung gibt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Aufgrund der Vorkommnisse in der Reihe vor mir hoffe ich, dass das Protokoll nicht verwässert sein wird.

5) Parkplatzschwund in Wohnviertel, wie etwa in der Zone 8

GR. Dr. **Hofer** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Dr. **Hofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregerer, geschätzte Gemeinderatskollegen, lieber Mario! In der Zone 8 gibt es schon seit langem sehr hohen Parkdruck. Ich habe da auch aufgrund von ein paar Anfragen in meinem Archiv ein bisschen gestöbert und ich habe deinen Zeitungsbericht aus der „Kronen Zeitung“ vom Juni 2015 gefunden, wo du zitiert wirst, dass es vor allem damals, es geht darum, genug Stellplätze zur Verfügung zu stellen, vor allem in erster Linie für unsere Anrainer. Und da gibt es sehr viele Anrainer, die sagen, wir haben dort keine Plätze mehr und darum möchte ich dich fragen:

Was tun Sie für die Anrainer in punkto Parkplätze, wie zum Beispiel für jene in der Zone 8, für die trotz hohen Parkdrucks immer weniger Stellflächen zur Verfügung stehen?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Philipp, ja immer wieder ein Thema natürlich, Grüne/Blaue Zonen und wir evaluieren das ja alle zwei Jahre und versuchen dann auch den Wünschen und Notwendigkeiten der Bewohner auch zu entsprechen. Alle zwei Jahre findet es eben statt im Grazer Stadtgebiet Evaluierung, also nächstes Jahr wieder, alle Kurzparkzonen und Parkzonen. Hierbei wird vor allem die Nutzung und Auslastung überprüft, das können wir mittels unseres Parkraumservices, bei Bedarf werden Zonen erweitert oder auch reduziert, wenn wir das sehen. In der von dir angesprochenen Zone 8 wird vom Grazer Parkraumservice mitgeteilt, dass es die letzten zwei Jahre keinerlei Beschwerden also bei unserer Behörde gegeben hat seitens der Bewohner

und wir werden das aber gerne wieder aufnehmen im kommenden Jahr, aber das wundert mich, dass du jetzt Beschwerden bekommen hast, weil normalerweise kriegen wir die direkt übermittelt und gerade in der Zone 8 ist bei der letzten Evaluierung im Bereich der Kreuzgasse, Bergmannsgasse, Grillparzerstraße und Schröttergasse um 176 Stellplätze vergrößert worden und die Grüne Parkzone reduziert worden. Also es ist umgewandelt worden in Blaue Zone. Also ganz bewusst auch für Bewohner, also es würde mich wirklich wundern. Aber wenn du welche hast, bitte übermittel es uns, ich verspreche dir, dass wir diese Zone wieder mit in die Evaluierung nehmen im kommenden Jahr. Also daran wird es nicht scheitern (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Hofer**: Die angesprochenen 176 Stellplätze, die da dazugekommen sind, sind gut, dass Grün auf Blau umgewandelt worden, allerdings muss man sagen, da ist die Körblergasse, Kreuzgasse, also dort von Anrainern zu sprechen, das sind zwei Krankenhäuser, das sind eher Patienten, also die parken dort weniger. Vor allem geht es aber um diesen Nordspitz der Zone 8, der quasi von der Kreuzgasse, Peinlichgasse, Parkgasse herüber, ganze Humboldtstraße bis zur Körblergasse, was da vor allem im Sommer auch heuer besonders stark das Problem war, dass die Humboldtstraße, die Wormgasse, die Parkgasse, die Jahngasse, Wickenburggasse, das ist ja alles gleichzeitig umgebaut worden, noch dazu sind da noch Radabstellplätze dazugekommen, die meiner Meinung nach durchaus Platz gehabt hätten, ohne dass man jetzt quasi eine Blaue Zone verringert, sondern dass man die quasi am Anschluss dazutut und dann gibt es da noch drei/vier Sperrflächen, das sind jetzt nicht die altbekannten in der Bergmannsgasse, von denen rede ich jetzt gar nicht, das sind so kleinere Zwei-bis-drei-Meter-Sperrflächen, die, wie ich sie mir angeschaut habe, ich weiß jetzt nicht, was der Sinn dort sein sollte und dadurch natürlich im Sommer ein massiver Parkdruck ist und noch mehr zu dem jetzigen gekommen ist. Daher verstehe ich das sehr gut, dass da

gewisse vor allem arbeitende Leute, die dann eher später zurückkommen, wo dann Dauerparker sowieso schon in verschiedensten Abständen stehen, einfach Parkplatzlücken nicht genutzt werden können, weil sie zu klein für das Auto sind. Die Zusatzfrage in dem Sinn hast du teilweise schon mit der Evaluierung beantwortet, aber kannst du dir vorstellen, dass du gerade in diesem Nordspitz, quasi um den Geidorfplatz herunter, dass du dir da noch einmal die Flächen dieser Sperrflächen dieser Radabstellplätze, ob man die jetzt nicht wegtut, aber dass man die vielleicht so verlegen kann, dass da trotzdem weitere Blaue Zonen-Plätze, vor allem für Anrainer, entstehen können.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Selbstverständlich, nehme ich gerne auf. Gerade was Sperrflächen anbelangt, bin ich sowieso ein Freund, dass man die nicht anders nutzen kann eben für Radabstellplätze, da muss man mit dem Straßenamt dann reden, da geht es um die Sichtverhältnisse etc. Aber du hast, glaube ich, mit dem Dr. ■■■ eh den Kontakt auch gehabt und der nimmt das natürlich auf und wir werden das in die Evaluierung hineinnehmen. Also an dem soll es nicht scheitern, das kann ich dir versprechen.

6) Zusätzliche Benützung des Schloßberglifts für SozialCard-InhaberInnen mit ausgewiesener Gehbehinderung

GR.ⁱⁿ **Heinrichs** stellt an StR. Ehmman folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Heinrichs**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat Ehmman! Bereits in der vorvorletzten Sitzung des Behindertenbeirates kam das Anliegen seitens zweier Rollstuhlfahrer, die diese ganz

groß dimensionierten Rollstühle benutzen, nach der zusätzlichen Benützung des Schloßberglifts für SozialCard-Inhaber mit ausgewiesener Gehbehinderung. Ich habe damals dieses Anliegen aufgenommen und bereits am 16. Juni in der Gemeinderatssitzung einen Antrag diesbezüglich eingebracht. Der Antrag lautet wie folgt ganz kurz: Für RollstuhlfahrerInnen und gehbehinderte Menschen ist die Mobilität häufig trotz vieler Bemühungen der öffentlichen Hand stark eingeschränkt. Ein Beispiel dafür ist die Schloßbergbahn. Obwohl hier an Menschen mit Behinderung gedacht wurde und ein Treppenlift den barrierefreien Zugang ermöglichen sollte, gibt es das Problem, dass moderne Rollstühle, je nach Dimension, in diesem Lift nicht transportiert werden können. Aus diesem Grund wurde von Betroffenen der ausdrückliche Wunsch geäußert, den Schloßberglift für jene Menschen, die einen Behindertenausweis mit dem Zusatzvermerk „gehbehindert“ und eine Sozialcard mit Aufpreis für die Nützung der Schloßbergbahn besitzen, relativ formlos, beispielsweise nach Vorweisen des Ausweises und der Mobilitäts card, zusätzlich zur Verfügung stellen.

Ich stelle daher an Sie die

Frage,

sehr geehrter Herr Stadtrat: Wie sehen Sie die Möglichkeit diesbezüglich entgegenzukommen beziehungsweise welche Schritte werden Sie unternehmen, damit eine zusätzliche Benützung des Schloßberglifts für Menschen mit ausgewiesener Gehbehinderung im Rahmen der Sozialcard ermöglicht werden kann (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Ehmann:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ich komme Ihnen da sehr gerne entgegen, es tut mir persönlich leid, dass Sie die Beantwortung Ihres Antrag vom 16. Juni 2016 offensichtlich nicht erhalten haben oder das Postfach beziehungsweise den E-Mail-Account vielleicht nicht so genau durchgesehen haben. Warum das so ist,

entzieht sich meiner Kenntnis, denn die Beantwortung wurde vom Sozialamt am 14. Juli fertiggestellt und ich habe das Schriftstück nach meinem Urlaub am 8. August signiert und ich kann Ihnen sehr gerne ein Exemplar für die Beantwortung heute schon übergeben. Ich habe es extra mitgebracht, dass Sie das auch persönlich von mir bekommen. Aber ich kann Ihnen schon verraten, dass es eine positive Erledigung Ihres Antrages ist. Grundsätzlich fällt nämlich die Zuständigkeit für die SozialCard/Mobilität in den Zuständigkeitsbereich der Holding und zur Finanzierung der vergünstigten Tarife für die SozialCard-InhaberInnen wurde der Verkehrsfinanzierungsvertrag ja zwischen der Stadt und der Holding Graz im Jahr 2012 bereits um 1,5 Millionen Euro aufgestockt. Das Sozialamt ist aber diesbezüglich an die Holding herangetreten und hat natürlich aus sozialpolitischer Sicht die zusätzliche Benützung des Schloßberglifts für die SozialCard-InhaberInnen mit ausgewiesener Gehbehinderung im Rahmen der SozialCard/Mobilität befürwortet. Also positiv abgeschlossen. Seitens der Holding wurde dann umgehend mitgeteilt, dass mobilitätseingeschränkte Fahrgäste nach dem Vorweisen des Behindertenausweises mit dem Vermerk „gehbehindert“ sowie der SozialCard/Mobilität mit der Aufzahlung, die Aufzahlung bedeutet, dass die SozialCard-Bezieherinnen und SozialCard-Bezieher mit 50 Euro die Jahreskarte besitzen und inklusive beim Schloßberglift wären es 60 Euro, also die zehn Euro wären die Aufzahlung zur Schloßbergbahn und dem Schloßberglift gerne benützen können. In der Antragbeantwortung vom Sommer ist noch zu lesen, dass die kooperative Abwicklung noch zu klären ist, weil sich beim Zugang zum Schloßberglift ein Drehkreuz befindet und dies eine Zugangshürde darstellen würde. In der Zwischenzeit kann ich aber auch dazu sagen, dass das Drehkreuz zu den Betriebszeiten ohne Kassenbesetzung auch mittlerweile mit einem Euro-Schlüssel freigeschaltet werden kann, der in Anspruch genommen werden kann mit Ansuchen. Im nächsten Behindertenbeirat werde ich dazu bereits eine positive Berichterstattung abgeben (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Heinrichs**: ich möchte mich nur, sehr geehrter Herr Stadtrat, sehr herzlich für die ausführliche Beantwortung und für die positive Beantwortung bedanken. Warum da offensichtlich am Postweg etwas schiefgegangen ist, kann ich nicht sagen, unser Klub arbeitet so fix, ich möchte mich hiermit sehr herzlich bedanken und bei Ihnen noch einmal. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Kahr übernimmt um 12.50 Uhr den Vorsitz.

7) Gestaltung und Rechtmäßigkeit von Werbetafeln

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Es ist die Debatte in Graz, quer durch Graz aufgetreten bei den Werbetafeln, den Tafeln, die schon lange stehen, jahrzehntelang stehen, sind nicht genehmigt beziehungsweise entsprechen nicht dem Ortsbildcharakter und hier haben sehr, sehr viele kleine Unternehmen quer durch die Stadt Post von der Bau- und Anlagenbehörde erhalten, dass es eben nicht genehmigt ist, dass Einreichskizzen, Architektenplanung usw. nachzuholen sind und selbst dann, wenn das gemacht wurde, wurde es auch abgelehnt. Und das ist irgendwo unverständlich gewesen oder bei den Betroffenen natürlich so angekommen. Wir könnten das lösen, die Stadt könnte es lösen, wenn es für die Unternehmen klare Vorgaben gäbe, wie sie ihre Leistungen im öffentlichen Raum ankündigen dürfen, dann wissen sie, woran sie sind, was sie dürfen und was nicht zulässig ist und die Stadt hat ein Gestaltungselement. Andere Städte sind den Weg einer Verordnung oder haben einen Katalog des Erlaubten und Zulässigen

erlassen oder einen Leitfaden für die Gestaltung des öffentlichen Raumes eingeschlagen.

Ich möchte gerne von Ihnen, Herr Bürgermeister, wissen, nachdem Sie für das Planungswesen zuständig sind, warum dieser komplizierte und für die Betroffenen nicht nachvollziehbare Weg eingeschlagen wurde oder wird (Applaus SPÖ)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Zuerst einmal eine Vorbemerkung. Ich glaube, es steht außer Streit, dass wir zum Erhalt oder zur Erzielung eines attraktiven Stadtbildes Regelungen für Werbeanlagen brauchen und ohne die Tätigkeit der Bau- und Anlagenbehörde, der die Sachverständigen des Stadtplanungsamtes und der ASVK zur Seite stehen, würde die Werbung in ihrem Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der BürgerInnen wohl zu schnell überhand nehmen. Durch ein allgemein gültiges Regelwerk lassen sich die Planungssicherheit für den Projektwerber und die Effizienz für die Stadtverwaltung zweifellos erhöhen. Derzeit existiert für den Bereich der Schutzzone nach dem Grazer Altstadterhaltungsgesetz eine derartige Verordnung. Außerhalb hingegen kann man mangels rechtlicher Grundlage leider keine erlassen. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat im März 2011, also eh erst vor fünf Jahren, eine Petition an den Landesgesetzgeber gerichtet und darin um eine entsprechende Verordnungsermächtigung entweder im Raumordnungsgesetz oder im Baugesetz ersucht. Leider kam es bis dato nicht dazu. In der Praxis begegnen wir diesem Mangel mit dem Beratungsangebot des Stadtplanungsamtes, also wenn ein Unternehmer eine Werbeanlage machen möchte, wird er vom Stadtplanungsamt auch beraten, das machen wir dann schon vor der behördlichen Einreichung einer Werbeanlage und dort wird dann abgeklärt, was hinsichtlich des Ortsbildes genehmigungsfähig ist. Diese Petition an den Steiermärkischen Landtag habe ich auch mitgebracht und es wäre auch eine Bitte von mir, nachdem jetzt die Bauangelegenheiten auf Landesebene bei einem

sozialdemokratischen Landesrat angesiedelt sind, ob er wenigstens dem Wunsch des Gemeinderates nach fünf Jahren einmal entsprechen kann.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Nehme ich gerne mit, wir wissen, dass Petitionen Zeit brauchen, das ist ja nicht die einzige, aber wir wissen auch, dass wir selbst unseren Handlungsspielraum dort, wo wir ihn haben, nehmen können. Und ich möchte jetzt vor dem Hintergrund sagen, dass ja aus dem Tourismusbereich ja geplant ist, und es gibt offensichtlich auch finanzielle Zusagen seitens des Finanzstadtrates, ein Leitsystem, ein Beschilderungssystem zu etablieren mit rund einer Million Euro. Wenn das etabliert wird, wo auch die Stadtplanung schon eingebunden ist, wäre es meiner Meinung nach zielführend, auch die Vorgaben einer Beschilderung oder einer Auslobung für die UnternehmerInnen gleich mitzudenken, weil das ist ja alles öffentlicher Raum. Meine Frage an Sie ist, Herr Bürgermeister, wäre es möglich, dass man eine Arbeitsgruppe oder irgendwas auf den Weg schickt und sagt, Sie laden ein, wir holen uns die Meinungen, können wir es zusammenpassen und was können wir wo selber machen (*Applaus SPÖ*)? Damit was weitergeht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt haben wir die Vermischung von drei Dingen. Dieses Fußgängerleitsystem, wir müssen es nur ein bisschen auseinanderhalten. Das Fußgängerleitsystem, das wir uns ja alle schon wünschen, das jetzt auch von Seiten des Tourismus mit einer quasi 50%-Finanzierung mit der Stadt Graz entstehen soll, das wir jetzt erst vorgestellt haben in der letzten Stadtregierungssitzung, weist in erster Linie die Touristinnen und Touristen, die nach Graz kommen, darauf hin, wo denn letzten Endes das Kunsthaus, der Schloßberg, ein Museum, ein Landhaus, ein Rathaus zu finden sind. Da geht es eher um die touristischen Attraktionen, um den Menschen eine

Orientierung in der Stadt zu geben, die hereinkommen. Das Zweite ist der dauernde Versuch, sowohl unser eigenes Werbeunternehmen als auch die anderen Werbeunternehmen dazu zu bringen, im öffentlichen Raum nicht ununterbrochen uns noch mehr mit Werbung zu konfrontieren, wir sind zum Beispiel verglichen mit der Schweiz so etwas von überbeworben, muss man eigentlich dazusagen in Österreich und in Graz, dass wir da stets an einer Reduzierung arbeiten und jedes Mal, wenn wir vor allem jetzt digitale und elektronische neue Werbetafeln genehmigen, versuchen wir auch im Gegenzug möglichst viele Plakatwände wieder wegzubekommen, das ist in einem Verhältnis, glaube ich von mindestens 6 : 1 und da ist es schon zu einigen Verminderungen gekommen, aber auch aus meiner Sicht nach wie vor viel zu viel. Das dritte Problem ist, was den letzten Endes Unternehmen selbst an ihrem Geschäft, an ihrem Unternehmen anbringen wollen oder die Problematik, die wir gerade wieder in Andritz haben, dass es ein kleines, ein Konglomerat von Einkaufsmöglichkeiten und Lokalen gibt, die dann auch wieder eine Werbestelle aufstellen wollen. Also es braucht ein Regelwerk, vielleicht können wir da gemeinsam erfolgreich unterwegs sein, ich bin gerne da, dass man das auch verstärkt gemeinsam diskutieren. Grundlage für alles wäre natürlich einmal eine gesetzliche Möglichkeit, eine Verordnung zu erlassen, vielleicht gelingt uns das gemeinsam. Du braucht irgendwann einmal dann auch eine Möglichkeit, eine juristische und die könnte man vielleicht gemeinsam beim Land zustande bringen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 12.58 Uhr den Vorsitz.

8) Vergabesysteme in Österreich

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Hoher Gemeinderat, liebe Gäste, sehr geehrte Frau Stadtrat! Bei meiner Frage geht es um das Vergabesystem der Gemeindewohnungen in Graz. Andere österreichische Städte haben ganz andere Zugänge bei den Vergabesystemen. In Graz bekommt man ja nach nur einem Jahr Aufenthalt beziehungsweise Hauptwohnsitz schon Platz auf der Warteliste für eine Wohnung im sozialen Wohnbau. Bei Vorlage eines Arbeitsvertrages hat man unmittelbar, das heißt sofort, das Recht auf einen Platz. In Wels beispielsweise muss man fünf Jahre in der Stadt den Hauptwohnsitz haben, auch fünf Jahre ununterbrochen einer Arbeit in der Stadt Wels nachgegangen sein. Das heißt, eins zu fünf Jahren und unmittelbar zu fünf Jahren. Mit nur vier Prozent sozialem Wohnbau hat Graz ja relativ wenig Wohnungen zu vergeben, aber, wie erwähnt, ist der Zugang zu einer solchen Wohnung sehr leicht und sehr niederschwellig.

Deshalb meine

F r a g e ,

Frau Stadtrat: Sind Sie bereit, in einen entsprechenden Austausch mit Vertretern anderer österreichischer Städte zu treten, um die Vor- und Nachteile anderer Vergabemodelle zu beleuchten und in weiterer Folge wirksame – und im Falle von Graz wohl dringend notwendige – Maßnahmen umzusetzen (*Applaus FPÖ*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Schleicher! Graz hat sich österreichweit einen guten Namen bezüglich der Vergabep Praxis für Gemeindewohnungen gemacht. Warum? Weil sie transparent sind und politisch weisungsfrei. Das ist österreichweit vorbildlich, das wurde auch schon öfter, nicht nur hier im Hause, sondern auch außerhalb so benannt und hat auch dazu geführt, dass viele Gemeinde und Städte sich unsere Richtlinien zum Vorbild genommen haben,

darunter einige Gemeinden und Städte, zuletzt auch die Stadt Klagenfurt, wo der politische Referent und die Ausschussvorsitzende bei uns waren und unsere Vergabepaxis dort auch eingeführt haben. Wie du weißt, haben wir letztes Jahr auf Beschluss des Grazer Gemeinderates neue Richtlinien im März beschlossen mehrheitlich und dieser Richtliniendiskussion sind wirklich viele Gespräche und Diskussionen in den zuständigen Ausschüssen vorangegangen. Die Ausarbeitung wurde extern vergeben, das war der Prof. Gasser-Steiner und wie gesagt, wurden diese Richtlinien letztes Jahr hier auch beschlossen. Insoferne wurde eigentlich deinem Wunsch nach einem Austausch, weil das ist ja auch klar, dass unser Amt und auch der Prof. Gasser-Steiner hier Städtevergleiche in Österreich herangezogen hat, und ja auch dein Kollege im Ausschuss weiß, dass hier der Kollege Dr. Wisiak, der damalige Amtsleiter, immer im Austausch mit anderen Gemeinden und Städten ist, sich das angeschaut hat und wir hier aufgrund dieser Ergebnisse diese Richtlinien im letzten Jahr so beschlossen haben (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Wenn man sich die Entwicklung im Gemeindebau anschaut und die Prozentsätze, wieviele Österreicher und Nicht-Österreicher vertreten sind und wenn man davon ausgeht nach der Flüchtlingswelle, dass sich das noch verschlimmern wird, sind wir der Meinung, dass es einfach notwendig ist, dieses Punktesystem noch einmal zu überdenken, weil die österreichischen Familien, die nicht so kinderreich sind, einen eindeutigen Nachteil haben. Also sind Sie bereit, sich mit Städten wie Wels, Innsbruck oder Linz oder auch Wien zu treffen und auszutauschen, um dieser Österreicher-Diskriminierung Einhalt zu gebieten (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Schleicher! Gerne kann ich das machen, das tue ich ja auch ohnehin, weil mich das persönliche auch interessiert. Es ist mir nicht egal, wie die soziale Situation sich in den Städten und Gemeinden, nicht nur in Graz, sondern auch österreichweit entwickelt und zwar von allen Menschen, die bei uns leben. Beides ist wichtig, man muss Kenntnis haben, wie schaut die Arbeitsplatzsituation aus, wie sind die Einkommenssituationen, wie schaut es für Familien, wie ist die Entwicklung von psychisch kranken Menschen, wie ist die Tendenz bei Menschen, die wohnungslos sind, das sind alles Fragen, die man immer im Auge haben muss. Wir haben heute auch einen Wohnungsbericht, da werden Sie einiges dazu im Ausschuss, Ihre Kollegen auch und später im Gemeinderat auch, erfahren und ich kann Ihnen versprechen, wenn Sie wollen, dass ich Ihnen gerne, auch was diesen Vergleich mit anderen Städten betrifft, regelmäßig Sie informiere. Eines möchte ich Ihnen nur vor einer Illusion bewahren, man kann Eisenerz nicht mit Graz vergleichen, man kann Linz oder Innsbruck nicht mit Wien vergleichen, weil die Bevölkerungsstruktur auch anders ist dort und auch der Anteil an Eigentumswohnungen, an Mietwohnungen, an Genossenschafts- und auch an Gemeindewohnraum, das muss man immer alles in einem Verhältnis sehen. Prognosen, wie sich alles entwickelt, ist, ich hoffe nicht, das wünsche ich mir von Herzen, dass es sich so weiterentwickelt wie bisher, weil die Arbeitslosenstatistiken sprechen für nichts Gutes für alle, auch die Einkommensverhältnisse und daran muss man was ändern und auch, was die Mietpreisentwicklung am privaten Wohnungsmarkt betrifft. Weil wenn dort keine Entspannung eintritt, dann wird die Anzahl der Menschen, die um eine Gemeindewohnungen ansuchen müssen, noch mehr steigen. Eines ist auch wichtig und da möchte ich Sie vor Illusionen bewahren, wenn Sie zu Recht oder Österreicher und Österreicherinnen schützen möchten oder sagen, sie bevorzugen möchten gegenüber ausländischen Mitbürgern, dann würde ich Sie warnen vor dem Welser Modell, weil genau, wenn wir das einführen würden, nämlich fünf Jahre, dass man den Hauptwohnsitz in Graz haben muss, also gemeldet sein muss durchgängig, würde und das kann ich Ihnen auch, wenn Sie möchten, anhand

von unseren Anträgen zeigen, Sie würden damit genau unsere Österreicher treffen (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Kahr übernimmt um 13.05 Uhr den Vorsitz.

9) Weiterführung der Arbeit des Naturschutzbeirates der Stadt Graz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! In meiner Frage geht es um die Weiterführung der Arbeit des Naturschutzbeirates der Stadt Graz. Auf der Website der Stadt Graz gibt es eine Information über die Aufgaben des Naturschutzbeirates und auch über die Regelmäßigkeit der Sitzungen, nämlich mindestens dreimal jährlich beziehungsweise dass es auch außerordentliche Sitzungen geben kann und jetzt ist es so, dass die letzte Sitzung des Grazer Naturschutzbeirates am 1. März 2016 stattfand. Ich erinnere mich so wie Sie, Herr Bürgermeister, dass das keine angenehme Sitzung ist und ich war deshalb sehr froh, dass es dann auf Magistratsebene in Kooperation mit einigen Vertreterinnen und Vertretern vom Naturschutzbeirat auch Gespräche gegeben hat zum Thema Reform, dass drüber gesprochen worden ist, dass man das vielleicht teilt in eine Basisplattform und in einen Fachbeirat. Jetzt haben wir einfach schon Mitte Oktober und haben erst eine Sitzung gehabt heuer und deshalb liegt die Frage auf der Hand, wie Ihre Planungen für den Naturschutzbeirat der Stadt Graz konkret aussehen beziehungsweise wann der Naturschutzbeirat wieder seine Arbeit aufnehmen soll (*Applaus Grüne*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, manchmal tut es mir ein bisschen weh, weil ich ja auch durch die Zusammenarbeit mit dem Naturschutzbeirat auch in den letzten zwei Jahrzehnten, seit ich das überblicken kann und mit dabei war, auch viel Positives gelungen ist und wir durch sehr heftige Diskussionen in anderen Bereichen manches Mal uns selbst, glaube ich, um diesen Erfolg bringen, einmal gemeinsam herzuzeigen, was wir denn in der Stadt schon alles an neuen Ideen geschafft haben, was wir auch vom Naturschutzbeirat ausgehend bis zum Landes- und Bundesgesetzgeber hin zustande gebracht haben. Aber es war sowohl für den Vorsitzenden als auch für sehr viele Teilnehmer in den letzten Jahren nicht so, dass wir gesagt haben, das ist eine wirklich fruchtbringende Arbeit und so kann es dauerhaft nicht weitergehen. Und deshalb habe ich mich dann sehr gefreut, wie die Vorsitzende, die Frau Dr. Uhl, einen Vorschlag eingebracht hat, dass wir das, genauso wie Sie es beschrieben haben, vielleicht in eine Plattform und in einen Fachbeirat aufteilen. Wir haben von Seiten des Magistrats auch zusammengearbeitet und erst diese Woche, ich glaube, letzte Woche war es, hat es eine Besprechung in dieser Angelegenheit im Rathaus gegeben, an welchem NGO-Vertreter, die Umwelthanwaltschaft Steiermark, die in dem Vorschlag eine große Rolle auch haben würde, sowie die Magistratsdirektion haben da alle daran teilgenommen. Im Rahmen dieses Termins wurde der von Ihnen angesprochene Reformvorschlag der Stadt für den Naturschutzbeirat neu erörtert, seitens der NGO-Vertretung wurde dabei insbesondere aber darauf bestanden, dass die Arbeit im Naturschutzbeirat finanziell entschädigt werden soll. Und für die Stadt kommt aber eine finanzielle Entschädigung nicht in Frage, nicht zuletzt deshalb, da auch die vielen anderen Beiräte der Stadt Graz eben keine finanzielle Entschädigung erhalten. Und mangels Annahme des Reformvorschlages durch die NGO-Vertretung wird jetzt der nächste Naturschutzbeirat in unveränderter Form fortgeführt werden, aber das ist natürlich der Knackpunkt. Also ich wäre sehr froh, wenn man die Umstellung machen

würden, aber dass wir dann die Beiräte bezahlen, können wir, wenn ich so sagen darf, nicht tun und dem habe ich auch nicht nachgegeben, deswegen gibt es momentan noch keine neue Zusammensetzung oder noch keinen Vorschlag, der dann letzten Endes auch einmal im Stadtsenat und im Gemeinderat behandelt werden müsste (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Das heißt, es wird der nächste Naturschutzbeirat wie gehabt in der alten Form stattfinden, habe ich verstanden und gibt es jetzt schon ein Datum, wann das sein wird?

Bgm. Mag. **Nagl**: Diesen Termin gibt es schon, ich habe ihn in meinem Kalender schon einmal entdeckt, kann ich Ihnen aber noch genau sagen. Den gibt es nicht nur in meinem Kalender, da müsste eigentlich eine Ausschreibung auch erfolgt sein. Aber ich versuche, das für Sie gleich zu klären.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.10 Uhr den Vorsitz.

10) P&R Weinzödl

GR. **Haberler**, MBA stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Haberler**, MBA: Geschätzter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer, sehr geehrter Herr Stadtrat Mag. Mario Eustacchio, lieber Mario! Der Park-&-Ride-Platz in Weinzödl in Andritz wird sehr gut von Ein- und Auspendlern sowie von Mitarbeitern des Shopping Nord frequentiert.

Durch diesen extrem großen Andrang reichen die angebotenen Parkplätze nicht aus und es wird auch nicht auf nur dafür vorgesehenen Flächen geparkt und durch dieses Verparken kommt es fast täglich zu diversen Zwischenfällen bis hin zu Unfällen.

Deshalb stelle ich, geschätzter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Welche Möglichkeiten zur Ordnung des Park-&-Ride-Parkplatzes Weinzödl wären aus Ihrer Sicht möglich und denken Sie dabei daran, eine Lösung auch umzusetzen?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Jawohl, Stefan, mir ist gesagt worden, der ist zu 104 % ausgelastet, das sind die vier Prozent, die dann irgendwo stehen, ist vollkommen richtig. Man muss zu dieser Park-&-Ride-Situation Weinzödl eines wissen: Hier wurden mit Mitteln des Landes die Flächen errichtet und es war ausgemacht, und das ist eigentlich zwingend, dass hier nur wirklich Einpendler stehen dürfen und den ÖV nutzen. Das heißt, es ist weder für Auspendler noch für Mitarbeiter vom nahestehenden Einkaufszentrum gedacht gewesen und das ist die grundsätzliche Problematik. Es ist jetzt gar nicht so, dass wir sagen, wir könnten das so beibehalten. Im Zuge, dass immer wieder bei der Evaluierung im kommenden Jahr der Zonen wird angedacht, dass wir dort eine Bewirtschaftung einführen, das heißt, möglicherweise mit einer Grünen Zone, wo wir dann voraussehen, wie viele Nutzen dann wirklich diese

Stellflächen, ist dann wirklich noch ein Bedarf da, um auszuweiten und gegebenenfalls muss man dann darüber nachdenken, ob es eine Möglichkeit gibt, hier Ausweitungen zu tätigen. Wir müssen auch im Vorfeld mit dem Land reden, ob sie uns das überhaupt genehmigen, weil wir ja in Wirklichkeit eine andere Nutzung durchführen dieser Parkmöglichkeit. Aber das werden wir im kommenden Jahr im Rahmen der Evaluierung durchführen, das kann ich jetzt, glaube ich, schon vorweg sagen und einmal überprüfen und wenn diese Situation noch immer nicht ausreicht für den Parkdruck, dann müssen wir drüber nachdenken, ob wir das ausweiten können (*Applaus FPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Kahr übernimmt um 13.14 Uhr den Vorsitz.

11) Entwicklungskonzept für das Naherholungsgebiet Schloss St. Martin – Alt Grottenhof

GR. **Luttenberger** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Gäste! An und für sich ist in einigen Anfragen schon eine Thematik aufgeworfen worden, wo es eben um Naturschutz und um Grünraumschutz geht in unserem Stadtgebiet. Ich möchte positiv beginnen. Vor einigen Wochen wurde das rund 26.000 m² große Areal der Steinbrüche bei uns in Wetzelsdorf von der Stadt Graz gekauft, um es für nächste Generationen zu schützen und gleichzeitig, wenn ich es richtig gelesen habe, wurde auch gesagt oder versprochen, eine Konzeption zu entwickeln, wie diese Fläche eben künftig genutzt werden kann für die Grazer Bevölkerung. Das finden wir sehr gut und meine Bitte an Sie, Herr Bürgermeister, geht in eine ähnliche Richtung,

allerdings ist das Areal um einiges größer. Es geht um die bekannte Fläche St. Martin, Landwirtschaftsschule Alt- Grottenhof. Mir ist klar, in den derzeitigen Unterlagen des Flächenwidmungsplanes und der Stadtentwicklung sehe ich derzeit keine Gefahr. Aber, und das ist eben jetzt das Problem, ich wohne jetzt seit ungefähr 32 Jahren in dieser Gegend und es ist ein bewegtes Auf und Ab dieser Fläche. Wir erinnern uns gemeinsam, ein Herr Kartnig hat vor etlichen Jahren wollte er elf Fußballplätze dort haben als Sportakademie. Dann wurde das einmal von vielen aktiven Bürgerinnen und Bürgern irgendwie abgewehrt und es gab auch eine Einsicht der Politik, dann war das nächste Problem die Muster-Akademie, auch das wurde irgendwie geklärt und jetzt ist es zwar in der Flächenwidmung drinnen, dass es derzeit nicht so aussieht, dass etwas passieren könnte, aber so einfach wird es nicht sein. Vor einigen Tagen habe ich in der Zeitung gelesen oder in Medien, dass die Fachschulen, die landwirtschaftlichen Fachschulen, die drei in Graz, Graz-Umgebung zusammengelegt werden sollen. Und eine dieser Fachschulen ist Alt-Grottenhof und eine Zusammenlegung macht ja nur dann Sinn, wenn aus drei zwei oder eins werden, weil sonst brauche ich sie nicht zusammenlegen. Und das Zweite ist die Problematik, dass im Konzept des öffentlichen Verkehrs für Graz 2020 ebenfalls hinter der Landespolizeizentrale eine Fläche reserviert wird, wo eben künftig eine Art Dreh- und Umsteigefunktion für die künftig fahrenden Busse geschaffen werden soll. Jetzt sage ich gleich dazu, ich habe kein Problem mit öffentlichem Nahverkehr und dass das dort gebaut werden soll, aber ich glaube, es wäre doch höchst an der Zeit, dass wir ähnlich wie bei diesen 26.000 m² ebenfalls versuchen, ein Konzept zu erstellen, wie für künftige Generationen dort die Naherholung eben ausschauen könnte. Ich weiß, das ist nicht unkompliziert, ist ja auch das Land Grundeigentümer, da gibt es einige Interessen, aber da würde ich Sie sehr herzlich bitten, Herr Bürgermeister, dass Sie sich da einschalten und deswegen ebenfalls die

Frage:

Sind Sie bereit, in Ihrer Funktion als Stadtplanungssprecher sowie im Rahmen Ihrer Zuständigkeit für Grünraum und Gewässer für das genannte Naherholungskonzept die Initiative zu ergreifen (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals für diese Frage. Ich glaube, dass alle Menschen, die in Wetzelsdorf und in Straßgang wohnen, in zwei ganz besonderen Bezirken sind, weil sie noch über einen großen Bereich von Naherholungsflächen verfügen. Auch wenn der Baudruck dort schon groß geworden ist, auch wenn dort starke, große neue Siedlungsräume entstehen, gilt es doch wirklich, auch parallel dazu nachzudenken, wie kann man den künftig nicht nur erhalten, also ich glaube, wenn es um die Flächen Alt-Grottenhof, geht hat der Gemeinderat nach langen Diskussionen einer Rückwidmung sogar wieder ziemlich klar und deutlich gesagt, wir wollen diese landwirtschaftliche Fachschule mit diesen Flächen erhalten und wollen nicht mehr umwidmen, sollte man heute auch wieder einmal betonen (*Applaus ÖVP*).

Ich habe von Seiten der Abteilung eine sehr umfassende Antwort bekommen, die Sie wahrscheinlich in der Form gar nicht kennen können, es sind so viele parallele Dinge, die dort seit längerer Zeit stattfinden, Sie werden es gleich hören. Die Abteilung hat ein derartiges Rahmenkonzept unter dem Titel „Naherholungsschwerpunkt Grottendorf St. Martin, Rahmenkonzept“ unter Mithilfe des Ingenieurkonsulentenbüros Dipl.-Ing. Richard Resch bereits ausarbeiten lassen, welches genau auf den beschriebenen Raum zwischen dem Schloss St. Martin und der Schule Alt-Grottenhof abzielt. Darin enthalten sind Vorschläge, wie und in welchem Ausmaß einzelne Teilbereiche dieses naturnahen Stadtraums infrastrukturell aufgewertet und nachgerüstet werden können, um die Naherholungsfunktion gemeinsam mit den Umsetzungspartnern vor Ort, das ist Schloss St. Martin, die Landwirtschaftsschule, GreenCity, unser neuer Stadtteil, das Tennisparadies, städtischer Hochwasserschutz etc. noch besser zu unterstützen. Für den Teilbereich Bründlteiche ist basierend auf diesem

Rahmenkonzept derzeit ein Gestaltungsplan Grün- und Erholungsraum Bründlteiche A 10/5 gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Resch aber in Ausarbeitung, deren Ergebnisse voraussichtlich 2017 vorliegen werden und danach können wir das dann, wenn es uns passt, auch so umsetzen. Teile des Rahmenkonzepts sind bereits umgesetzt, befinden sich in Umsetzung, so wurden in den letzten Jahren gemeinsam mit Grottenhof immer wieder gemeinsame Initiativen gesetzt. Zu erwähnen sind beispielsweise die Maßnahmen auf dem Gelände der Landwirtschaftsschule selbst, verbesserte Wegeführungen im Bereich der landwirtschaftlichen Kulturen der Schule, da geht es auch um die Erreichbarkeit und die Besucherlenkung, Schautafeln mit Themeninfos, Rastplätze, die Anlage der Nasch- und Wildobstzeile entlang der Krottendorfer Straße gemeinsam mit der A 10/5. Die Ansiedlung des interkulturellen Gartens, die Verwirklichung der Idee einer Art City-Farming auf Mietergärtenbasis und sogenannten Selbsternteflächen, dem Schaubienengarten und vieles mehr. Weiters wurden die Flächen am Areal der Bründlteiche auf städtischer Seite erworben und gegen ehemals städtische Waldflächen nunmehr zugunsten der Landwirtschaftsschule abgetauscht, die im Bereich Wald auch, Gott sei Dank, mehr tun will.

Also es passieren dort so viele Dinge, dass es vielleicht gut ist, wenn ich Ihnen das noch schnell fertig sage. Seitdem hat es wieder punktuell Verbesserungen bei den Bründlteichen gegeben. Die A 10/5 verfolgt derzeit konkrete Pläne, die Bründlteiche besser als bisher mit Wasser aus dem Plabutschunnel-System zu dotieren und die Teiche inklusive umliegendem Gelände schrittweise zu sanieren. Die Voruntersuchungen am Stollen-Entwässerungssystem sind abgeschlossen, demnächst folgen Pumpversuche und konkrete Ausführungsplanungen. Begleitende Überlegungen zur Verbesserung des Angebotes der Besucherlenkung werden auch umgesetzt. Und so ginge das weiter, ich darf Ihnen vielleicht die ganze Ausführung, die ich da bekommen habe, noch überreichen. Das heißt, es gibt so etwas wie einen Rahmenplan schon drüber und wenn es gewünscht ist, wäre das vielleicht auch einmal wichtig, im Planungsausschuss mit dem Kollegen Wiener auch einmal zu besprechen, was dort alles abgeht (*Applaus ÖVP*).

GR. **Luttenberger**: Ich bedanke mich einmal für die ausführliche Beantwortung und ersuche halt wirklich, dass man das auch schriftlich zusenden könnten, das habe ich mir ja gar nicht alles gemerkt und ich werde das bei Kaffee und einem Kipferl mir einmal verinnerlichen (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.20 Uhr den Vorsitz.